

Gesetz über Massnahmen zur Milderung der Folgen des Ukraine-Kriegs

Antrag vom 19. September 2022

GRÜNE-Fraktion (Sprecher: Gschwend-Altstätten)

Antrag:

Rückweisung der Vorlage an die Regierung mit den folgenden Aufträgen:

1. dem Kantonsrat einen überarbeiteten Entwurf vorzulegen. Dieser soll der Regierung die Möglichkeit einräumen, neben der Hilfe in der Ukraine auch Hilfeleistungen in jenen Ländern, die indirekt an den Folgen des Ukraine-Kriegs leiden, sowie in weiteren Katastrophengebieten zu unterstützen. Mit der überarbeiteten Fassung soll die Regierung die Möglichkeit erhalten, in einem klar definierten finanziellen Rahmen schnell zu handeln;
2. zur Milderung der Folgen des Ukraine-Kriegs umgehend weitere Beiträge zu sprechen, um die Unterstützung für die notleidende ukrainische Zivilbevölkerung rasch und unbürokratisch aufzugleisen und umzusetzen.

Begründung:

Die Not und das Elend der ukrainischen Zivilbevölkerung zwingen zum Handeln. In der Botschaft zum Gesetz über Massnahmen zur Milderung der Folgen des Ukraine-Kriegs sind verschiedene Handlungsansätze aufgeführt.

Die Vorlage ist nicht mehrheitsfähig, obwohl eine Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung unbestritten ist. Mit der Rückweisung soll einerseits der Kreis der Hilfeleistungen geografisch und zeitlich weitergezogen werden.

Andererseits soll – gerade auch im Hinblick auf den bevorstehenden Winter – die Regierung eingeladen werden, Beiträge aus dem besonderen Eigenkapital, aus dem Lotteriefonds oder weiteren Quellen zu sprechen.

Darzustellen ist auch, wie Hilfeleistungen auf der Ebene von Partnerschaften (beispielsweise unter Kantonen oder in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindeverband) erfolgen können. Auch Vertreter und Vertreterinnen der Ukraine räumen den Regions- und Städtepartnerschaften zum Zweck des Wiederaufbaus

eine zentrale Bedeutung zu.¹ Die konkrete Hilfe vor Ort könnte über ein breit angelegtes Netz von Regions- und Gemeindepartnerschaften mit ukrainischen Regionen und Gemeinden umgesetzt werden.

¹ «Recovery und Development Plan» der ukrainischen Regierung, der in Lugano vorgestellt wurde.